

DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER

# DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK VON: DIE GRÜNEN

Ein Analysepapier von  
DIE FAMILIENUNTERNEHMER



# INHALT

**Zusammenfassung:  
Der grüne Staat gegen die Freiheit der Bürger**

<b>1. Europa</b>	<b>6</b>
<b>2. Handel &amp; Wettbewerb</b>	<b>7</b>
<b>3. Arbeitsmarkt</b>	<b>8</b>
<b>4. Sozialstaat</b>	<b>9</b>
<b>5. Steuern &amp; Bürokratie</b>	<b>10</b>
<b>6. Energie &amp; Klima</b>	<b>12</b>
<b>7. Digitalisierung &amp; Innovation</b>	<b>14</b>
<b>8. Infrastruktur</b>	<b>15</b>

## IMPRESSUM | KONTAKT

**Ein Analysepapier von**  
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.  
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin  
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390  
kontakt@familienunternehmer.eu  
www.familienunternehmer.eu

Berlin, Mai 2024

# DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK VON: DIE GRÜNEN

## Zusammenfassung: Der grüne Staat gegen die Freiheit der Bürger

Die Grünen haben ein Verständnis von Staat und Gesellschaft, das diametral den geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gegenübersteht.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Antwort auf die Unfreiheit der Bürger und die zentrale Verwaltungswirtschaft der Nazizeit. Ihre Vordenker der Freiburger Schule haben bewusst das Individuum als eigenverantwortlichen Bürger und Verbraucher und dessen Freiheit in den Mittelpunkt ihres Konzeptes gestellt. Und sie haben sich viele Gedanken gemacht, welche Machtkonzentration diese Freiheit wieder aushebeln könnte. Monopole auf Seiten der Wirtschaft hielten sie für eine genauso gefährliche Machtaneignung wie einen Staat, der die Wirtschaft kleinteilig gängelt. Ihre Antwort darauf: Es ist der faire Wettbewerb zwischen den Unternehmen, der den Verbrauchern und Arbeitnehmern die größte Freiheit sichert, auch gegen Machtkonzentration. Daher muss der Staat vor allem den fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen sicherstellen. Dazu schafft er den Ordnungsrahmen für die Wirtschaft und hält sich mit aktiven Eingriffen in den Markt zurück, was insbesondere ausschließt durch staatliche Subventionen den Wettbewerb zugunsten von vermeintlich gerade mal besonders wichtigen Unternehmen zu verzerren.

Dagegen sehen viele Grüne sich selbst als eine Art Avantgarde, die ein unbedingtes Primat der Umwelt- und Klimapolitik durchsetzen wollen. Die Wirtschaft gilt ihnen dabei eher als Problem, keinesfalls aber als möglicher Quell technologischer Lösungen gegen den Klimawandel, und die sie betreffende Politik ist für die Grünen Mittel zum Zweck.

Die Wähler der Grünen sind überwiegend im Dienstleistungs- und Bildungsbereich beschäftigt und verdienen überdurchschnittlich gut. Arbeiter und Geringqualifizierte wählen selten grün<sup>1</sup>. Während die meisten ihrer Mitmenschen noch skeptisch ihre individuellen wirtschaftlichen Möglichkeiten gegen die von den Grünen vorgegebenen Klimakosten abwägen, neigt die Partei aus vermeintlich besserem Wissen und Ungeduld dazu, die Bürger zu ihrem vordefinierten Glück im Zweifelsfall auch ein wenig zu zwingen. Klimaendzeitszenarien rechtfertigen jeden Markteingriff und erschweren eine faktenbasierte Anpassung an zweifelsfrei große Herausforderungen. Verbote, die vom Staat überwacht und durchgesetzt werden, stehen bei den Grünen höher im Kurs als ein Anreizsystem, um z. B. über Preise die Menschen dazu zu bewegen, in CO<sub>2</sub>-arme Heiztechnik für ihr Haus zu investieren. Die Grünen bevorzugen Ordnungsrecht statt Ordnungspolitik.

---

<sup>1</sup> Bundeszentrale für politische Bildung, „Wahlergebnisse und Wählerschaft der GRÜNEN“ vom 06.02.2023

In der vorliegenden Analyse wird vor allem beleuchtet, was die Grünen in ihren Programmen zur jetzigen Europawahl und der letzten Bundestagswahl zu den wichtigsten Bereichen der Wirtschaftspolitik fordern. Wahlprogramme sind noch nicht durch Koalitionskompromisse verwässert, hier kommen die Seele einer Partei und ihre Ziele am klarsten heraus.

Die Programme der Grünen thematisieren viele berechtigte Punkte, kommen aber immer wieder zum Ergebnis, dass der Staat – also ihre Partei – die Lösungen auch im Detail am besten wisse. Ein tiefes Misstrauen gegen Unternehmertum lässt die Grünen immer neue Berichtspflichten einführen, gerne auch über ihre Europapolitik – und eine ständig wachsende Beamtenschaft soll dann jedes unternehmerische Handeln überwachen. Erstaunlich ist das leicht schizophrene Menschenbild dieser Partei: Wenn es um die Wirtschaft geht, denkt sie vor allem an das Schlechte im Menschen, das unter strenger Kontrolle gehalten werden muss, wenn es um Sozialpolitik geht, sieht sie besonders das Gute im Menschen, das nicht mit Sanktionen oder Kontrolle verschreckt werden darf.

Weil so viel kontrollierender, planender und lenkender Staat teuer ist, braucht er kräftige Steuererhöhungen. Um damit die Breite der Wählerschaft nicht zu verschrecken, soll das Staatsbudget auch über ständig mehr Schulden erhöht werden, wobei Schulden immer ein Vorgriff auf die Steuern von morgen sind. Diese versteckten Lasten für die Steuerzahler sollen durch die vor allem moralisch unterlegten Ziele der Grünen gerechtfertigt werden.

Die im Kern eher technikscheuen Grünen glauben zu wissen, welche Technologien für die Zukunft unseres Landes die richtigen sind. Aus dem Grund ist es für sie auch keine ordnungspolitische Wettbewerbsverzerrung, wenn sie einzelne Unternehmen mit staatlichen Subventionen noch stärker machen oder wenigen Großunternehmen einen verbilligten Industriestrompreis zukommen lassen wollen, den alle anderen mit ihren Steuern finanzieren sollen.

Laut Umfrage<sup>2</sup> attestieren die meisten Wähler den Grünen, dass sie in Umwelt- und Klimafragen von allen Parteien am kompetentesten sind. Dagegen schneiden die Grünen bei der Kompetenz in Wirtschaftspolitik sehr schlecht ab<sup>3</sup>. Konsequentermaßen haben die Grünen aus ihrem einzigen echten Kompetenzthema das Maximum herausgeholt: Mit Angstszenarien bis zum Weltuntergang und sehr kleinteiligen, dafür aber plakativen Lösungen, die selten auf technische Innovationen setzen, sondern überwiegend Verzicht oder Verbote propagieren, haben sie es geschafft, dass Wirksamkeit und Effizienz ihrer Lösungen viel zu selten hinterfragt werden.

Da Effizienz und Moral zwei völlig unterschiedliche Kriterien sind, haben die Grünen ihre Klimapolitik moralisch sehr aufgeladen, das lässt sich gegenüber einer bei diesem Thema tendenziell eher unkritischen Öffentlichkeit leichter steuern. Dagegen haben Effizienzaspekte wie z. B. die Kosten, um eine Tonne CO<sub>2</sub> zu vermeiden, bei den Grünen kaum Einfluss auf ihre bevorzugten Klimaschutz-Technologien. Die Missachtung der wirtschaftlichen

---

<sup>2</sup> Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom September 2023

<sup>3</sup> Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom April 2024

Effizienz führt dazu, dass das grüne Klimaministerium Subventionsprogramme anbietet, bei denen die vermiedene Tonne CO<sub>2</sub> bis zu 1.187 Euro kostet – während sich über den Europäischen Emissionshandel ein Vermeidungspreis von durchschnittlich 95 Euro in 2024 ergibt<sup>4</sup>. Diese politisch gewollte Ineffizienz verteuert die Klimapolitik völlig unnötig und führt bei vielen Betroffenen zu offener Ablehnung. Der Europäische Emissionshandel mit seinem Prinzip von Angebot und Nachfrage ist zwar sehr effizient, doch wenn das dazu führt, dass sich das Abscheiden von CO<sub>2</sub> und seine Einlagerung (CCS) für einige Unternehmen mehr rechnet als die Vermeidung von CO<sub>2</sub>, dann passt das nur schwer in das Weltbild der Grünen, die gerne selbst den Weg in die Klimaneutralität festlegen wollen – vorzugsweise durch Verzicht und Verbote.

Über ihre Fixierung auf die – tatsächlich ja vorhandenen – Klimaprobleme haben die Grünen die eigentliche Wirtschaftspolitik aus den Augen verloren. So ist vom Wirtschaftsminister nichts zu hören zu den galoppierenden Lohnzusatzkosten, die von einer überambitionierten Sozialpolitik getrieben werden. Ebenso ist nichts zu hören zur Krise der Bauwirtschaft oder zu den für eine Exportnation so dringend nötigen Freihandelsverträgen mit anderen Ländern und ganzen Wirtschaftsräumen (Mercosur).

Im Gegenteil: Das Wirtschaftsministerium wurde unter grüner Führung zu einem reinen Klimaministerium umgeformt, dessen Minister der Wirtschaftskrise durchaus positiv entnimmt, dass Deutschland dadurch seine CO<sub>2</sub>-Bilanz einhalten kann. Dementsprechend kommt vom grünen Wirtschaftsminister auch kein vernehmbarer Vorschlag, wie unser Land wieder zu mehr Wirtschaftswachstum kommen soll. 0,3% Wachstum in diesem Jahr, weniger als 1 % in 2025 und ein Potenzialwachstum von nur 0,5% nehmen die Grünen und ihr Wirtschaftsminister geradezu achselzuckend hin, obwohl der geringe BIP-Zuwachs nicht ansatzweise reicht, um die großen Herausforderungen zu finanzieren wie z. B. die Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität, die Wiederbewaffnung der Bundeswehr oder die Demographiefestigkeit der sozialen Sicherungssysteme – von der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ganz zu schweigen.

Laut fordern die Grünen nahezu im Wochentakt diese immensen Kosten mit neuen Schulden zu finanzieren. Damit hängen sie nicht nur der zahlenmäßig schrumpfenden jungen Generation einen schweren Mühlstein um den Hals. Für die Unternehmen in Deutschland sowie die potenziellen Investoren wird klar: Wer so großzügig mit Schulden umgeht, wird in absehbarer Zeit weiter die Steuern erhöhen müssen. Wenn man sich die unterschiedlichen Felder grüner Wirtschaftspolitik näher angeschaut hat, erstaunt es nicht, dass 69% der Familienunternehmer in der aktuellen Verbandsumfrage sagen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland habe sich in den letzten 24 Monaten verschlechtert. Für die Bürger bedeutet die Begeisterung der Grünen für einen omnipotenten, moralisch wertenden Staat, dass der Griff in ihren Heizungskeller nur der Auftakt war zu immer weniger individueller Freiheit.

---

<sup>4</sup> vgl. 13. KTF-Bericht des Bundesfinanzministeriums 2023, S. 168 ff

# 1. EUROPA

Die wirtschaftspolitische Strategie der Grünen für Europa ist geprägt von einer unbedingten Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und sozialen Vorgaben in allen Bereichen der Wirtschaft. Die Unbedingtheit besteht darin, dass die Praktikabilität der Vorgaben und die Effekte auf die europäischen Unternehmen völlig ausgeblendet werden. Ebenso ist es für die Grünen absolut nachrangig, ob eine Regulierung effizient zur Erreichung der gesetzten Ziele beiträgt.

Die europäische Wirtschaftspolitik der Grünen ist eine interventionistische Industriepolitik, die auf hoheitliche Lenkung setzt. Die Folge dieser markt- und wettbewerbsfeindlichen Herangehensweise sind eine hochbürokratische Regulierung, ausufernde Dokumentationspflichten und auch eine detaillierte Kontrolle.

Die Grünen setzen sehr auf den Staat und sehen China und auch die USA mit ihrem Inflation Reduction Act als Vorreiter für einen massiven staatlichen Aufbau neuer Produktionsstandorte für Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Sie plädieren offen für einen Subventionswettlauf: „Für die EU gilt es, dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, (...) dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, (...) andererseits starke öffentliche Förderprogramme“<sup>5</sup>.

Die Finanzierung eines ökologisch-planwirtschaftlichen Europas muss aus Sicht der Grünen aus der zu verstetigenden gemeinschaftlichen Verschuldung aller Mitgliedstaaten („Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln sind zu restriktiv formuliert und haben in der Summe notwendige Investitionen in vielen EU-Mitgliedstaaten verhindert“<sup>6</sup>) und der Schaffung neuer und Vergrößerung bestehender europäischer Abgaben und Steuern bestritten werden.

---

<sup>5</sup> Europawahlprogramm 2024 – Seite 14.

<sup>6</sup> Europawahlprogramm 2024 – Seite 18.

## 2. HANDEL & WETTBEWERB

Die Grünen haben sich gegen den Abschluss aller wichtigen Handelsabkommen positioniert (z. B. TTIP, CETA oder zuletzt MERCOSUR) und fordern einen „Neustart für gute Handelsverträge“<sup>7</sup>. Der MERCOSUR-Vertrag wird im Bundestagswahlprogramm mit Verweis auf die angeblich „negativen Auswirkungen auf die Umwelt oder die Ernährungssouveränität“ abgelehnt<sup>8</sup>. Wie hier beispielhaft erkennbar ist, verfolgen die Grünen die Strategie, die Handelspolitik thematisch so zu überfrachten, dass Abschlüsse von Handelsabkommen nicht mehr möglich oder von potentiellen Partnern nicht mehr gewollt sind. Im Europawahlprogramm wird dies auch klar ausbuchstabiert: „Es ist daher eine politische Aufgabe der EU, (...) um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte zu setzen“<sup>9</sup>.

Auch das Wettbewerbsrecht muss nach Auffassung der Grünen einem „höheren Zweck“ dienen. Verstöße der Unternehmen gegen Umwelt- und Sozialstandards sollen als unlauterer Wettbewerb verfolgt werden können<sup>10</sup>. Das Vergaberecht soll so „reformiert“ werden, dass der sozial-ökologisch vielversprechendste, nicht aber der günstigste oder qualitativ beste Anbieter den Zuschlag bekommt. Moralische Wertigkeit zählt deutlich mehr als ökonomische Performance.

Die bisherigen Grenzen des europäischen Wettbewerbsrechts bezüglich staatlicher Beihilfen und dem marktbeherrschenden Zusammenschluss von Unternehmen sind für die Grünen ein Hindernis bei der Erreichung ihrer Ziele. Daher sollen diese Grenzen über die zunächst temporären Pandemie-Aussetzungen hinaus letztlich dauerhaft unbrauchbar gemacht werden. So sollen staats- und damit meist schuldenfinanzierte Transformationen nicht am ordoliberalen Beihilfenaufsichtsrecht von 1957 scheitern. So wenig wie an der Schuldenbremse: Keine Subventionsaufsicht, keine Schuldenaufsicht – über grüne Politik.

Weitreichende Ausnahmen von wettbewerbsrechtlichen Vorgaben gelten bis 31.12.2025 für folgendes: Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien, Maßnahmen zur Förderung der Dekarbonisierung industrieller Prozesse, Maßnahmen zur weiteren Beschleunigung von Investitionen in Schlüsselsektoren für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

---

<sup>7</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 79.

<sup>8</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 80.

<sup>9</sup> Europawahlprogramm 2024 – Seite 74.

<sup>10</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 69.

## 3. ARBEITSMARKT

Die Arbeitsmarktpolitik der Grünen ist von einem hohen Misstrauen gegenüber Unternehmern geprägt. So laufen die Vorstellungen der Grünen beim Mindestlohn auf einen stärkeren staatlichen Eingriff in die Lohnfindung und eine weitere Beschneidung der Tarifautonomie hinaus.

Vor dem Hintergrund des aus Sicht der Grünen zu mageren Ergebnisses der letzten Mindestlohnkommission vom Sommer 2023 (+0,41 Euro bzw. +3,4% für 2024 und +0,41 Euro bzw. +3,3% für 2025, aber + 2,18 Euro bzw. 22% im Laufe von 2022!) schlagen die Grünen eine Reform der Mindestlohnkommission vor, u.a. soll die Kommission so umgestaltet werden, dass Patt-Situationen künftig nicht mehr möglich sind.

Das Mindestlohnkonzept der Partei sieht außerdem eine Untergrenze von 60 Prozent des mittleren Lohnniveaus eines Vollzeitbeschäftigten vor (das wären 14 Euro für 2024). Gleichzeitig soll der Mindestlohn jährlich überprüft und angepasst werden.<sup>11</sup> Auch für Kurzarbeit fordern die Grünen ein „Mindestkurzarbeitergeld“.<sup>12</sup>

Seit dem Jahr 2017 gilt in Deutschland das Entgelttransparenzgesetz. Aus Sicht des Gesetzgebers gibt es eine systematische Benachteiligung von Frauen beim Lohn durch die Arbeitgeber. Der dadurch bedingten Lohnlücke zwischen Männern und Frauen begegnete man seinerzeit mit dem im Gesetz verankerten individuellen Auskunftsanspruch (Was verdienen die anderen?) sowie entsprechenden Berichtspflichten für die Unternehmen. Den Grünen reicht das alles nicht, daher wollen sie das Entgelttransparenzgesetz verschärfen und ein „Entgeltgleichheitsgesetz“ einführen. Sie fordern ein verbindliches und zertifiziertes Prüfverfahren, ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften und die Pflicht auch für kleine Unternehmen, „von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten“<sup>13</sup>. Dabei wird eine angebliche systematische Lohndiskriminierung von Frauen vorausgesetzt; andere Ursachen für die Lohnlücke von Frauen und Männern werden zwar auch registriert, aber als weniger schwerwiegend eingeschätzt.

Faktisch sind aber das Entgelttransparenzgesetz ebenso wie ein etwaiges „Entgeltgleichheitsgesetz“ nichts anderes als ein Eingriff in die Lohnfindung, in die Personalpolitik der Unternehmen und in die Vertragsfreiheit.

---

<sup>11</sup> Beschluss der Bundestagsfraktion (2023): <https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/Fraktionsbeschluss-Mindestlohn.pdf>

<sup>12</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 104

<sup>13</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 109

## 4. SOZIALSTAAT

Die Grünen stehen vollumfänglich hinter der Reform von „Hartz IV“ hin zum Bürgergeld<sup>14</sup>. Im Bundestagswahlprogramm wurde diese Reformidee als „Garantiesicherung“ bezeichnet und umfasst auch die Zusammenlegung von Sozialleistungen und eine Integration der Auszahlung der Garantiesicherung über das Steuersystem. Dabei lag der Partei bei der Einführung des Bürgergeldes nicht nur die Erhöhung des Regelsatzes am Herzen, sondern auch, dass die Leistungsbezieher weniger Sanktionen zu befürchten haben als bisher. Entsprechend stellen sich die Grünen auch gegen die aktuell erhobenen Forderungen anderer Parteien, die Sanktionen zu verschärfen.<sup>15</sup>

Die Grünen sind beim Bürgergeld der Anwalt der Leistungsbezieher. Die Steuerzahler und die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, die finanziell für die Leistungsempfänger aufkommen müssen, interessieren sie, wenn überhaupt, dann nur sekundär. Die Grünen sind mitverantwortlich dafür, dass das Prinzip aus Fördern und Fordern beim Bürgergeld verwässert wurde.

Im Gegensatz zur Klimapolitik sind „Nachhaltigkeit“ und „Generationengerechtigkeit“ Fremdwörter bei den Grünen, wenn es um die Rente geht. „Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns hohe Priorität“<sup>16</sup>, heißt es zum Thema Rente im Wahlprogramm 2021 der Grünen. Es überrascht daher nicht, dass die Grünen diesen Punkt im Rentenpaket II unterstützen. Auch haben sie lange das kapitalgedeckte Instrument „Generationenkapital“ hinausgezögert. Auch auf die Rente mit 63 scheinen sie mittlerweile nicht mehr verzichten zu wollen.<sup>17</sup> Zum Renteneintrittsalter formulieren die Grünen ein klares Bekenntnis zur Rente mit 67, „wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus“<sup>18</sup> – eine Konkretisierung zu dieser Öffnung bleiben die Grünen im Programm wie Regierungshandeln bisher jedoch schuldig.

Wenn es um den steten Ausbau des Sozialstaates geht, sind die Grünen weit vorn mit dabei. Die Positionierung bei der Rente verdeutlicht das. Mit ihren Vorbehalten gegenüber dem Ausbau einer kapitalgedeckten sozialen Absicherung wird der Kipppunkt unseres Sozialstaates noch schneller auf uns zukommen als ohnehin schon. Der von den Grünen gewünschte Ausbau des Sozialstaats endet für sie nicht an nationalen Grenzen. Zur Europawahl 2024 setzen sich die Grünen für eine Arbeitslosenzurückversicherung für die Mitgliedsstaaten ein nach Vorbild des Pandemieinstruments SURE.<sup>19</sup>, über das die EU-Kommission die Mitgliedstaaten beim Kurzarbeitergeld finanziell unterstützte.

<sup>14</sup> Themenseite Grüne Bundestagsfraktion:  
<https://www.gruene-bundestag.de/themen/soziales/mit-dem-buergergeld-ueberwinden-wir-hartz-iv>

<sup>15</sup> Spiegel Online vom 05.12.2023:  
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/buergergeld-ricarda-lang-kritisiert-friedrich-merz-wegen-vorgeschlagener-kuerzung-a-2be78194-8683-493c-baf8-c85d0054c24b>

<sup>16</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 114.

<sup>17</sup> DLF vom 29.03.2024:  
<https://www.deutschlandfunk.de/streit-um-rente-spd-und-gruene-weisen-fdp-forderungen-zurueck-102.html>

<sup>18</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 114.

<sup>19</sup> Europawahlprogramm 2024 – S.48.

## 5. STEUERN & BÜROKRATIE

Die Grünen setzen sich seit Jahren für die Wiedererhebung der 1997 aufgrund eines BVerfG-Urteils ausgesetzten Vermögensteuer ein. Die Partei vermochte dies aber in bisher drei Regierungsbeteiligungen seit dem Urteil nicht umzusetzen.

Das Vermögensteuerkonzept der Grünen lässt dabei viele Fragen offen. Lediglich der Steuersatz (1%), der Erhebungsturnus (jährlich) sowie ein Freibetrag für Vermögen („sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person gelten“<sup>20</sup>) sind definiert. Aussagen zur Verschonung von Betriebsvermögen und zur Bedeutung von Familienunternehmen bleiben unkonkret und floskelhaft: „Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die (...) die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen.“<sup>21</sup>

Dass die Grünen beim Stichwort Vermögen ausschließlich an Umverteilung und nicht etwa an Vermögensaufbau für alle denken, zeigt sich auch bei der Erbschaftsteuer: Die Grünen diagnostizieren steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Erbschaftsteuer als Ursache für eine laut Programm stark zugenommene Vermögensungleichheit. Schwächen derartiger Vermögensstatistiken, etwa der fehlende Einbezug von Pensionen und Rentenanwartschaften, klammern die Grünen wenig überraschend aus. Konkrete Forderungen zu diesem Thema sucht man in ihrem Bundestagswahlprogramm vergeblich. Man wolle Gestaltungsmöglichkeiten in der Erbschaftsteuer abbauen und große Vermögen stärker besteuern.<sup>22</sup> Ab wann ein Vermögen in den Augen der Grünen „groß“ ist oder welche „Gestaltungsmöglichkeiten“ gemeint sind, wird nicht präzisiert.

Das erst kürzlich im Rahmen des Wachstumschancengesetzes gescheiterte Ziel aus dem Koalitionsvertrag, in Ergänzung zur europäischen Version auch eine nationale Anzeigepflicht für Steuergestaltung einzuführen, hat seinen Ursprung u.a. auch im grünen Bundestagswahlprogramm<sup>23</sup>.

Doch nicht nur neue gänzlich fragliche Nachweispflichten gehören zu diesem Teil grüner Programmatik. Im Entwurf zur Bundestagswahl 2021 definierte die Partei u.a. die Einführung folgender neuer Steuern: Europäische Kerosinsteuer, Exportsteuer, Finanztransaktionsteuer und eine Digitalkonzernsteuer.

Abschaffen wollen die Grünen dagegen die Kapitalertragsteuer von 25%<sup>24</sup>, was bedeutet, dass Kapitalerträge wie Gewinnausschüttungen aus Kapitalgesellschaften dann dem persönlichen Steuertarif unterliegen. Außerdem soll der Einkommensteuertarif angepasst werden. Kleine und mittlere Einkommen (ohne zahlenmäßige Definition dieser Begriffe) sollen entlastet werden, die Tarifeckwerte ab dem Spitzensteuersatz auf bis zu 48% erhöht werden<sup>25</sup>. Dies kommt folglich einer erheblichen Steuererhöhung gleich, die besonders Familienunternehmer stark trifft, da für sie im Falle der Rechtsform der Personengesellschaft die Einkommensteuer zugleich die Unternehmensteuer ist.

Im Programm findet sich auch bereits das Wort „Übergewinnsteuer“, hier noch als Bezug zur angestrebten Digitalkonzernsteuer. Demnach wollen die Grünen die Besteuerung von nicht näher definierten „Übergewinnen“ auch für

<sup>20</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 92.

<sup>21</sup> ebenda.

<sup>22</sup> ebenda.

<sup>23</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 93.

<sup>24</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 91.

<sup>25</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 91.

weitere Branchen prüfen.<sup>26</sup> Es überrascht daher nicht, dass unter grüner Regierungsbeteiligung die Abschöpfung von „Übergewinnen“ sowohl auf dem Strommarkt auf europäischer Ebene als auch in Deutschland thematisiert und letztlich als Übergewinnsteuer auch umgesetzt wurde<sup>27</sup>, was im Europawahlprogramm als großer Erfolg gefeiert wird<sup>28</sup>.

Positiv für Unternehmer war im Programmwurf 2021 im Bereich der Steuerpolitik lediglich das mit der FDP übereinstimmende Ziel, mit schnelleren Abschreibungen für Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz<sup>29</sup> die Wirtschaft anzukurbeln und die Transformation so auch fiskalisch zu fördern. In der Realität wurde daraus im Referentenentwurf zum Wachstumschancengesetz statt einer unbürokratischen Abschreibung eine bürokratische und mittelstandsfeindliche Investitionsprämie, die den Vermittlungsausschuss zum Gesetzgebungsverfahren nicht überlebte.

Zu Beginn der Legislaturperiode in der Debatte zum 4. Corona-Steuerhilfe-Gesetz hatten sich die Grünen entgegen ihrem Programm wenig begeistert gezeigt, schnellere Abschreibungsregeln für alle Unternehmen erneut einzuführen.<sup>30</sup> Diese unbürokratische und für Unternehmen jeder Größe und Branche sinnvolle Maßnahme, deren positive Wirkungen auf Arbeitsplätze oder BIP immer wieder wissenschaftlich dargestellt wurden<sup>31</sup>, haben die Regierungs-Grünen als Politik mit der „Gießkanne“ bezeichnet.<sup>32</sup>

Die Grünen verhehlen nicht, dass sie die Lenkungs- und Umverteilungsfunktion der Steuerpolitik massiv nachschärfen wollen. So soll u.a. die „Lenkungswirkung von Steuern für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft“<sup>33</sup> genutzt werden. Im Supermarkt sollen pflanzliche Alternativen und Fleischersatzprodukte steuerlich bessergestellt werden<sup>34</sup> und das Steuersystem soll so umgebaut werden, dass „Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden“<sup>35</sup>.

Diese Politik der Bürokratisierung und Gängelung der Bürger findet sich auch im europäischen Kontext: Die Grünen setzen zur Erreichung einer ökologischen und sozialen Transformation auf eine engmaschige Informations- und Datenzulieferung von Unternehmen und auf deren behördliche Überprüfung. Dabei wird unterstellt, dass Unternehmen die Vorschriften bzw. die verfolgten Ziele grundsätzlich unterlaufen wollen. Diese Haltung begründet häufig eine völlig praxisferne Umsetzung der Regulierung, die eine effiziente Erreichung der mitunter richtigen Ziele erschwert oder sogar verhindert. Beispiele hierfür sind:

<sup>26</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 94

<sup>27</sup> BMWK – FAQ zur Übergewinnsteuer vom 27.06.2023:  
[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/F/faq-abschoepfung-von-zufallsgewinnen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/F/faq-abschoepfung-von-zufallsgewinnen.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

<sup>28</sup> Europawahlprogramm 2024 – Seite 21.

<sup>29</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 61f.

<sup>30</sup> Süddeutsche Zeitung Online vom 14.02.2022:  
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lindner-steuerpolitik-abschreibung-unternehmen-1.5528719>

<sup>31</sup> u.a. ifo Schnelldienst 10/2021:  
<https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-10-dorn-fuest-neumeier-stimmelmayr-steuerentlastungen.pdf>

<sup>32</sup> Spiegel Online vom 28.12.2022:  
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-gruene-und-spd-kritisieren-positions-papier-scharf-a-397c2af7-be35-4bff-acf4-ee87f8c30d65>

<sup>33</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 58

<sup>34</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 52

<sup>35</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 90

- **CSRD (Corporate Social Responsibility-Richtlinie)**
- **CSDDD (Lieferkettenrichtlinie)**
- **Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel**
- **Öko-Designrichtlinie von Produkten**
- **Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung chemischer Stoffe (CLP-Verordnung)**
- **Verpackungsverordnung**
- **Verbot des Verbrennermotors ab 2035 ohne Technologieoffenheit**
- **Taxonomie**

## 6. ENERGIE & KLIMA

Im Bereich der Klima- und Energiepolitik neigen die Grünen oft zum planwirtschaftlichen Mikromanagement statt auf die Wirkung des Marktes zu vertrauen und auf einen mengenbasierten Emissionshandel zu setzen, der den Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Mechanismen kosteneffizient garantieren würde.

Stattdessen bestand das Konzept zur Bundestagswahl 2021 aus einem breit ausgerollten Flickenteppich an Förderprogrammen, ergänzt um Vorgaben, für deren Einhalten es Subventionen als Belohnung gibt (z. B. eine Verknüpfung von Strompreisvergünstigungen für Unternehmen mit der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen im Betrieb<sup>36</sup>).

Wie sich diese Dogmatik aus dem Papier im realen Regierungshandeln der Grünen zeigte, konnte in der Debatte zum Industriestrompreis beobachtet werden. Wäre es nach den Wünschen des grüngeführten BMWK<sup>37</sup> gegangen, so wäre einige wenige Großkonzerne und energieintensive Branchen in den Genuss dieser staatlichen Subvention gekommen. Aber auch nur dann, wenn diese folgende Kriterien erfüllt hätten: Tarifgebundenheit, Investitionen der Mittel in Klimaneutralität und Standortgarantie. Für die allerwenigsten Unternehmen wären alle drei Kriterien machbar gewesen. Das BMWK wollte hier gezielt nur die Unternehmen begünstigen, die sich den politischen Wünschen grüner Lesart fügen – also dem planwirtschaftlichen Verständnis der Grünen folgen.

---

<sup>36</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 15.

<sup>37</sup> Arbeitspapier des BMWK zum Industriestrompreis vom 05.05.2023:  
[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/W/wettbewerbsfaehige-strompreise-fuer-die-energieintensiven-unternehmen-in-deutschland-und-europa-sicherstellen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/W/wettbewerbsfaehige-strompreise-fuer-die-energieintensiven-unternehmen-in-deutschland-und-europa-sicherstellen.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

Wie kaum ein anderes Thema gehört der Atomausstieg zur grünen DNA.<sup>38</sup> Entsprechend konsequent haben sie dies im vergangenen Jahr durchgesetzt – ohne Rücksicht auf die Folgen für Unternehmen und Verbraucher mitten in der Krise: Zum einen wurde durch das Abschalten der Atomkraftwerke das Stromangebot weiter verknappt und somit die Preise höher als nötig gehalten. Zum anderen wurde die Versorgungssicherheit geschwächt – glücklicherweise nicht mit gravierenden Auswirkungen. Zum dritten mussten jedoch Kohlekraftwerke einspringen, was zu einer schlechteren CO<sub>2</sub>-Bilanz führte – also zu weniger Klimaschutz.<sup>39</sup>

Auch beim Vorziehen des Kohleausstiegs konnten die Grünen eine Forderung ihres Wahlprogramms im Koalitionsvertrag verankern: Ausstieg bis 2030<sup>40</sup>. Diese Forderung missachtet, dass der gesamte Energiesektor dem europäischen Emissionshandel unterliegt und das Klimaschutzziel somit vertraglich ohnehin schon gesichert ist. Bereits in Zeiten der großen Koalition gab es mit dem staatlich verfügbaren Kohleausstieg die Tendenz, einen bestehenden Kapitalstock vorzeitig abzuschalten und zu entwerten. Das grüne Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz trieb das noch einen Schritt weiter und forderte den Abbau der Gasnetze<sup>41</sup> – also der am besten ausgebauten Infrastruktur in Deutschland.

Die Klimaschutzverträge des BMWK sind ein weiteres planwirtschaftliches Subventionsinstrument – für das keine Notwendigkeit besteht, da spätestens ab 2027 der Emissionshandel sektorenübergreifend wirkt. Auch dieses Instrument war im Wahlprogramm bereits angelegt.<sup>42</sup>

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist für die Grünen die einzig akzeptable Technologie: mehr als 40-mal werden sie im letzten Bundestagswahlprogramm angeführt. Und das in einem Land mit relativ wenig Sonnenstunden und relativ wenig Küsten für die kosteneffizienten Offshore-Windparks. Auch für die EU fordern die Grünen einen massiven Ausbau der Erneuerbaren als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik bis 2035, „um die Energieversorgung in der EU auf dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen“<sup>43</sup>. Abgesehen davon, dass andere EU-Mitglieder längst auf die CO<sub>2</sub>-neutrale Atomkraft setzen, wird aus der Forderung der Grünen klar, dass sie Erneuerbare immer im Zusammenhang mit Subventionen sehen.

---

<sup>38</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 28.

<sup>39</sup> Focus Online vom 20.02.2024: [https://www.focus.de/politik/wirtschaftskrise-wegen-atom-aus-das-sagen-experten-zu-zdf-kritik-an-habeck\\_id\\_259683811.html](https://www.focus.de/politik/wirtschaftskrise-wegen-atom-aus-das-sagen-experten-zu-zdf-kritik-an-habeck_id_259683811.html)

<sup>40</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 21.

<sup>41</sup> Welt Online vom 22.05.2022: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus238901851/Bundesregierung-will-deutsches-Gasnetz-schrittweise-aufloesen.html>

<sup>42</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 61.

<sup>43</sup> Europawahlprogramm 2024 –S.8.

## 7. DIGITALISIERUNG & INNOVATION

Auch der Bereich der Digitalpolitik der Grünen muss sich der Klimaschutzpolitik unterordnen<sup>44</sup> und lässt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber neuer Technologie erkennen, indem vorrangig Risiken und weniger Chancen betont werden. Hier wird das grundsätzliche Dogma der Technologiefindlichkeit deutlich, das prägend für die Geschichte der Partei ist (wie etwa die irrationale Haltung gegenüber der Kernenergie). Sie sehen in Technologien immer nur die Ursache von Problemen, statt einem Beitrag zur Lösung. Ferner ist eine Überladung mit (Meta-) Zielen zu erkennen: Von sieben Unterkapiteln zur Digitalisierung widmet die Partei etwa eins gänzlich der „Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft“<sup>45</sup>.

Die Grünen haben vor allem im Europaparlament Einfluss auf den AI Act genommen und dort vorrangig für eine Grundrechtsfolgenabschätzung mit Blick auf die Menschenrechte und für Diskriminierungsfreiheit im digitalen Raum gekämpft.<sup>46</sup> Eine praxistaugliche und bürokratiearme Regulierung und die Frage der Umsetzung in den Unternehmen spielte dagegen keine Rolle. Im Vordergrund stand die Einhegung von Risiken, nicht die Chancenorientierung oder der Standort Europa für KI.

Hintertrieben wurde auch das Konzept eines Marktes für Daten und des Dateneigentums. Stattdessen ist mit dem EU Data Act ein sehr bürokratischer Rahmen entstanden, der eine Datenteilungspflicht vorsieht – die Daten „demokratisieren“ will indem Unternehmen gezwungen werden ihre Daten zu teilen.<sup>47</sup>

Insgesamt ist laut Europawahlprogramm der Staat für die Grünen der zentrale Akteur in der Technologiepolitik. Zwar werden Unternehmen als Innovationsquelle benannt, jedoch wird im Nebensatz dem Markt zeitgleich abgesprochen zentrale Zukunftstechnologien entwickeln zu können. So wird dem „Entrepreneurial State“ (Mariana Mazzucato) Vorschub geleistet.

Die Grünen fordern eine Digitalsteuer auf europäischer Ebene, aber von den wichtigen Rahmenbedingungen, die Investitionen in Forschung und Entwicklung verbessern, für Rechtssicherheit bei der Transformation oder Entbürokratisierung sorgen würden, ist leider wenig die Rede, dafür viel von klassischer PR-wirksamer Digitalpolitik mit „Leuchtturmprojekten“ für Nachhaltigkeit oder ein staatlicher Wagniskapitalfonds nur für Frauen.

<sup>44</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 16.

<sup>45</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 77.

<sup>46</sup> Pressemitteilung Grüne Bundestagsfraktion vom 09.12.2023: <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/ai-act-eu-setzt-wegweisende-massstaebe-fuer-technologieregulierung>

<sup>47</sup> Pressemitteilung Grüne Bundestagsfraktion vom 23.02.2022: <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/data-act-schafft-wichtige-grundlage-fuer-fairen-wettbewerb-und-innovation>

## 8. INFRASTRUKTUR

Wenig überraschend spielt die Straße in der Infrastrukturpolitik der Grünen keine relevante Rolle – im Gegenteil: Die Partei betont schon im Bundestagswahlprogramm 2021, „den Fokus auf den Ausbau von Geh-, Rad- und Schienenwegen“ zu legen<sup>48</sup>.

Umgesetzt in Regierungspolitik haben die grünen Landesminister in NRW, Hessen und Baden-Württemberg den Bundesverkehrsminister bei der Beschleunigung von Autobahnprojekten ausgebremst<sup>49</sup>. In Bayern wollen die Grünen den Neubau aller Straßenbauprojekte im Freistaat stoppen<sup>50</sup>; in Berlin fordern sie eine spätere Inbetriebnahme des neuen A100-Abschnitts<sup>51</sup>, in Bremen kritisieren sie, dass der Bund den Ausbau der A27 beschleunigen will<sup>52</sup>; und in Niedersachsen lehnten die Grünen den Neu- bzw. Ausbau der Autobahnen A 20, A 39 und A 33-Nord ab<sup>53</sup>. Nicht anders in Sachsen, wo die Grünen gegen Strukturwandelgelder für den A4-Ausbau sind<sup>54</sup>, und in Schleswig-Holstein, wo die Grünen mit der A 20 den Schlüssel zur Entwicklung der Westküste Schleswig-Holsteins bekämpfen, die mit der Ansiedlung der Batteriefabrik Northvolt eigentlich riesige Wachstumschancen hat<sup>55</sup>.

So setzen die Grünen konsequent ihre ideologischen Ziele in der Verkehrsinfrastrukturplanung um, „den Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich durch einen neuen Bundesnetzplan [zu] ersetzen, der die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und Bundesfernstraßen deutlich reduziert“<sup>56</sup>.

Vor dem Hintergrund, dass insbesondere die Grünen die Elektroautos fordern und fördern, somit eine CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität anstreben, lässt das nur den Schluss zu: Die Grünen wollen den Individualverkehr und die damit verbundene Freiheit der Bürger beschneiden, obwohl das Klima dadurch künftig überhaupt nicht betroffen ist.

<sup>48</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 34.

<sup>49</sup> Spiegel Online vom 28.04.2024:  
<https://www.spiegel.de/auto/schnellerer-autobahnbau-gruene-verkehrsminister-bremsen-wissing-aus-a-02c535e0-71dd-40df-82f1-787729d57bd6>

<sup>50</sup> Süddeutsche Zeitung Online vom 06.03.2023:  
<https://www.sueddeutsche.de/bayern/strassen-gruene-bayern-ausbau-nahverkehr-1.5763563>

<sup>51</sup> Berliner Regionalmagazin rbb24 online vom 26.01.2024:  
<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/01/berlin-a100-weiterbau-gruene-antrag-verkehrsbelastung.html>

<sup>52</sup> Bremer Regionalmagazin buten un binnen online vom 26.10.2023:  
<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/autobahn-ausbau-bremen-kritik-100.html>

<sup>53</sup> Hannoversche Allgemeine Zeitung online vom 13.03.2023:  
<https://www.haz.de/der-norden/neue-autobahnen-in-niedersachsen-koalitionsstreit-bei-spd-und-gruenen-R4HSPJAEVZHkVIUYWK2CZUXZLI.html>

<sup>54</sup> Sächsische Online vom 26.10.2023:  
<https://www.saechsische.de/sachsen/a4/a4-ausbau-strukturwandel-gelder-bautzen-goerlitz-ost-gruene-kretschmer-autobahn-verkehr-5924468-plus.html>

<sup>55</sup> Kieler Nachrichten Online vom 28.12.2023:  
<https://www.kn-online.de/schleswig-holstein/a20-ausbau-in-schleswig-holstein-das-sagen-die-parteien-im-landtag-Q63XKZEI5NCDXPLLLBCYBR456A.html>

<sup>56</sup> Bundestagswahlprogramm 2021 – Seite 35.

## IMPRESSUM | KONTAKT

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.  
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin  
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390  
kontakt@familienunternehmer.eu  
www.familienunternehmer.eu

